

+++ 40. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
dies ist die 40. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft Ihre/Eure

Clara Herrmann, Sprecherin für den Bereich Verfassungsschutz und Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de

+++ Inhalt +++

- 1. Rückschau: Fachgespräch "Die neue alte Rechte"**
- 2. NPD-Verbotsverfahren und V-Leute beim Verfassungsschutz**
- 3. Erfolgreicher Protest gegen rechtsextreme Kundgebungen in Berlin**
- 4. Antrag: Einführung eines Berlin-Monitors**
- 5. Verschiedenes**

+ 1. Rückschau: Fachgespräch "Die neue alte Rechte" +

Am 29. April fand im Abgeordnetenhaus von Berlin ein **Fachgespräch zum Thema "Die neue alte Rechte"** statt. Die Parteienlandschaft in Deutschland wurde in den letzten Jahren um einige Parteien erweitert, die rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen vertreten. Sie liefern mit ihren populistischen Äußerungen aber auch den Nährboden für islamfeindliche Gruppen wie PEGIDA. Die AfD (Alternative für Deutschland) reiht sich in diese Argumentationsmuster ein. Daher haben wir gemeinsam mit unseren Gästen einen systematischen Blick auf Inhalte und Botschaften der AfD und PEGIDA-Bewegung geworfen und Strategien und Handlungsempfehlungen im Umgang mit AfD und PEGIDA diskutiert. Als Referent*innen durften wir begrüßen: Ulli Jentsch, antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz); Bianca Klose, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Johannes Kiess, Universität Leipzig ("Mitte"-Studien) und Gesine Agena, Mitglied im Bundesvorstand sowie der Rechtsextremismuskommission von Bündnis 90/Die Grünen.

Die Referent*innen gaben mit ihren Beiträgen interessante Einblicke in ihre Erfahrungen mit der "neuen alten Rechte" aus unterschiedlichster Perspektive. Es ist wichtig, dass sich die Grünen mit diesen Phänomenen auseinandersetzen und Gegenstrategien entwickeln. Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa finden sich rechtspopulistische Bewegungen und Parteien, die mit einer scheinbar bürgernahen Politik und einfachen Lösungen auf Stimmenfang gehen und versuchen gegen ein solidarisches Europa Stimmung zu machen. Die dahinter stehenden menschenverachtenden Argumentationsmuster müssen enttarnt und mit Gegenpositionen außer Kraft gesetzt werden. Das Fachgespräch war eine gelungene Möglichkeit, sich mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft auszutauschen und gemeinsam die Fragen bezüglich des Umgangs mit rechten und rechtsextremen Positionen zu diskutieren.

- Den gesamten Bericht des Fachgespräches mit einer Zusammenfassung aller Beiträge der Referent*innen finden Sie [hier](#).
- Aus der Presse: Ein Artikel aus der Zeitung "Neues Deutschland" zu dem Fachgespräch ist [hier](#) zu finden.

+ 2. NPD-Verbotsverfahren und V-Leute beim

Verfassungsschutz +

In der Plenarsitzung vom 7. Mai 2015 haben wir eine Debatte über die Abschaffung von V-Leuten beim Verfassungsschutz sowie von Vertrauenspersonen (VP) bei der Polizei geführt. Gleichzeitig wurde über das laufende NPD-Verbotsverfahren diskutiert und die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichtes an die Bundesländer, weitere Beweise und Unterlagen einzureichen, die eine Abschaltung aller V-Leute innerhalb der NPD belegen. Ein NPD-Verbot ist kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus, doch jetzt, da die Innenminister der Bundesländer das Verfahren auf den Weg gebracht haben, stehen sie nun auch in der Verantwortung, dass es nicht

erneut scheitert. Diese aktuelle Debatte um das Verbot der NPD und den Quellenschutz verdeutlicht, wie problematisch der Einsatz von V-Leuten ist.

Auch wir als Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen haben einen Antrag zu dem Thema eingereicht, in dem wir die Abschaffung von V-Leuten beim Berliner Verfassungsschutz fordern, da das Land Berlin mit der Finanzierung von V-Leuten verfassungsfeindliche Bestrebungen bedeutend unterstützt. Diese indirekte Finanzierung ist insbesondere vor dem Hintergrund des NSU-Skandal höchst umstritten. Hier wurde deutlich, dass V-Leute keinen entscheidenden Erkenntnisgewinn gebracht haben, um die NSU-Morde frühzeitig zu erkennen oder gar zu verhindern. Darüber hinaus zeigt das Beispiel der NPD, wie gefährlich der Einsatz von V-Leuten sein kann. Der Einsatz und die Finanzierung von V-Leuten haben in der Vergangenheit auch zur strukturellen Stärkung der NPD beigetragen.

Parlamentarisches:

- Meine Rede vom 7. Mai zum NPD-Verbotsverfahren und zur Abschaffung von V-Leuten beim Verfassungsschutz
- Meine Rede aus der Plenarsitzung vom 26. März zum NPD-Verbotsverfahren.

Unser Antrag zu der Forderung, V-Leute beim Verfassungsschutz abzuschaffen, finden Sie hier.

Aus der Presse:

- Ein Artikel in der Welt zum Thema "*Opposition will Abschaltung von V-Leuten beim Verfassungsschutz*" ist hier zu finden

+ 3. Erfolgreicher Protest gegen rechtsextreme Kundgebungen in Berlin +

Auch dieses Jahr zeigten sich im Mai hunderte Berliner*innen solidarisch und stellten sich gegen mehrere rechtsextreme Kundgebungen. Am 1. Mai gab es dieses Jahr nur zwei kleine Kundgebungen der NPD in Hohenschönhausen und in Marzahn, die erfolgreich von vielzähligen Demonstrant*innen übertönt und blockiert wurden. Die NPD versuchte damit an ihre Hetzkampagne gegen geflüchtete Menschen der letzten Monate anzuknüpfen. Das fand in Berlin weder Verständnis noch Toleranz. Auch eine von der NPD geplante Kundgebung am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wurde durch lautstarke Gegendemonstrant*innen gestört und frühzeitig beendet. Einen Tag später am 9. Mai protestierten rund 500 Menschen gegen eine Demonstration vor dem Berliner Reichstag von Neonazis, Rechtspopulisten, Reichsbürger*innen und Pegida-Anhänger*innen. Demokratie und Menschenwürde sind nicht verhandelbar. Das haben tausende Berliner*innen

im Mai wieder einmal gezeigt. Rechtsextreme Stimmungsmache und Hetze gegen geflüchtete Menschen sind inakzeptabel - Berlin ist und bleibt vielfältig und weltoffen.

- Meine Pressemitteilung "*1. Mai - Berlin Nazifrei: Gesicht zeigen gegen Rechtsextremismus*" ist [hier](#) zu finden.
- Meine Pressemitteilung zu den rechten Kundgebungen am 8. und am 9. Mai "*Gesicht zeigen gegen Rechts am Tag der Befreiung*" finden Sie [hier](#).

+ 4. Antrag: Einführung eines "Berlin-Monitors" +

Als Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen haben wir einen Antrag eingebracht, in dem wir uns für die Einführung eines "Berlin-Monitors" einsetzen. Der Monitor soll auf Grundlage einer regelmäßigen Befragungen die Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Demokratie erfassen und auswerten. Das Phänomen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umfasst verschiedene einzelne Elemente, unter anderem Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus oder Homophobie. Rechtsextreme Einstellungen umfassen neben gruppenbezogenen feindlichen Einstellungen verschiedene Ideologieelemente, wie Nationalismus, Chauvinismus oder Sozialdarwinismus.

Auch ist eine zunehmende Skepsis von Bürger*innen gegenüber der Demokratie und dem Handeln einzelner Institutionen zu beobachten. Die Grenzen zwischen Einstellungen der Unzufriedenheit gegenüber der gelebten Demokratie und demokratiefeindlichen Einstellungen können fließend sein.

Ein Berlin-Monitor soll Einstellungen zu diesen drei Themenbereichen erfassen, da zwischen den Einstellungsmustern eine gegenseitige Wechselwirkung und Überschneidung besteht. Dabei bleibt es aber wichtig, die einzelnen Konzepte auch getrennt zu erfassen und zu bewerten, um den Blick auf die vielfältigen Erscheinungsformen der Einstellungen richten zu können sowie ein breites Bild feindlicher Einstellungsmuster in der Berliner Bevölkerung zu ermöglichen.

Parlamentarisches:

- Den Antrag "*Einführung eines "Berlin - Monitors" - Erhebung von Einstellungen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Demokratie*" finden Sie [hier](#).

+ 5. Verschiedenes +

+++

- Die rechte und rechtsextreme Szene hetzt seit Monaten massiv gegen geflüchtete Menschen in Berlin. Es gibt einen besorgniserregenden Anstieg von Angriffen mit rechtem Hintergrund auf

Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete in Berlin. Meinen vollständigen **Beitrag im Stachel** "*Erst rassistische Hetze, dann menschenfeindliche Taten*" ist [hier](#) zu finden.

+++

- **Reise des Ausschusses für Verfassungsschutz nach Madrid:** Der Ausschuss für Verfassungsschutz des Abgeordnetenhauses von Berlin war vom 15. - 17. Juni 2015 auf einer Informationsreise in Madrid, um sich mit den dortigen Institutionen auszutauschen. Im Fokus der Reise standen der spanische Verfassungsschutz und die verschiedenen Polizeieinheiten, die in Spanien auch Geheimdiensttätigkeiten ausüben. Wir haben einen Einblick in die unterschiedlichen Zuständigkeiten, die Kooperation und die Kontrolle der nachrichtendienstlichen Tätigkeit gewinnen können. Ein Schwerpunkt war hierbei die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, aber auch die Besonderheiten der separatistischen Terrororganisationen in Spanien wurden erörtert.

Einen ausführlichen Reisebericht finden Sie hier.

+++

- In der **Plenarsitzung** am 7. Mai fragte ich Innensenator Henkel nach der rechtsterroristischen Vereinigung "Oldschool-Society" (OSS). Obwohl ein einschlägig bekannter Ladenbesitzer aus Hellersdorf deren Abkürzung auf Facebook verwendete und einer der Tatverdächtigen mehrfach in Berlin war, verneinte Henkel jegliche Verbindung nach Berlin. **Meine Frage**, die Antwort des Innensenators und das Protokoll der Plenarsitzung finden Sie hier.

+++

- **Aus der Presse:** Einen Artikel aus der Berliner Zeitung zu einem Angriff durch Neonazis auf Wachpersonal einer neuen Unterkunft für Geflüchtete in Buch finden Sie [hier](#).

+++

- Meine **Schriftliche Anfrage** an den Senat zum Thema "*Nationalistische russische Biker in Berlin? - Nachtwölfe*" finden Sie [hier](#)

+++

- **Aus der Presse:** Ein Artikel im Berliner Kurier zu verbliebenen Reichsadlern an Berliner Gebäuden "*Wo in Berlin noch immer die Reichsadler wachen*" ist [hier](#) zu finden.